

20.09.2011

Antrag

der Fraktion der FDP

**Wer regiert, ist auch für die Konsequenzen seiner Gesetze verantwortlich –
Landesregierung muss das von ihr verursachte KiBiz-Chaos bereinigen**

I. Der Landtag stellt fest:

Am 1. August 2011 ist die Elternbeitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung in Kraft getreten. Bis zuletzt war die Einführung der Beitragsfreiheit angesichts der dadurch fehlenden Mittel für Qualitätsverbesserungen und der mangelnden Anreizsetzung zur Bildungsbeteiligung stark umstritten. Die von der Landesregierung mit rot-rot-grüner Mehrheit – gegen vielfältige Vorschläge aus der Praxis – beschlossene Elternbeitragsbefreiung führt nun zu massiven Problemen bei der Umsetzung. Für die Kommunen und Träger war der Zeitplan zur Umsetzung denkbar eng. Ohne angemessene Vorbereitungszeit und wegen des Fehlens von Umsetzungsrichtlinien aus dem Familienministerium ist das von vielen befürchtete Umsetzungschaos nun leider eingetreten.

Vor allem die größeren Kommunen haben es nicht rechtzeitig geschafft, die Beitragsbescheide anzupassen. Bei Zehntausenden Eltern der potentiell 140.000 bis 150.000 betroffenen Kinder wurden deshalb Anfang August die Elternbeiträge falsch festgesetzt. Wegen der großen Masse der falschen Bescheide hat der Landeselternrat daraufhin sogar sämtlichen Eltern empfohlen, pauschal Einspruch gegen die aktuellen Bescheide einzulegen. Diese Vorgänge dokumentieren deutlich, wie verunsichert Eltern und Kommunen sind.

Ein weiteres Problem ist bei den Beitragsregelungen für Geschwisterkinder aufgetreten. In vielen Kommunen enthalten die Beitragssatzungen bei Geschwisterkindern Ermäßigungen oder sogar Freistellungen für jüngere Kinder einer Familie. Die meisten Beitragssatzungen in den Städten und Gemeinden sahen bisher ferner eine Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr nicht vor, so dass die Ermäßigungen nun erst einmal mit der üblichen kommunalpolitischen Beschlussfassung angepasst werden müssen. Da das Gesetz zur Einführung der Elternbeitragsfreiheit erst am 23. Juli 2011 beschlossen wurde, war es vielen Kommunen bisher schon allein aufgrund der Kürze der Zeit – nicht mehr als rund eine Woche bis zum Eintritt der Beitragsfreiheit am 1. August 2011 – schlichtweg nicht möglich, ihre Beitragssatzungen anzupassen. Dies betonte beispielsweise auch Friedhelm Sohn, Mitglied der SPD-Ratsfraktion in Dortmund, in einem Westpol-Bericht am 11. September 2011.

Datum des Originals: 20.09.2011/Ausgegeben: 20.09.2011

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Hinzu kommt, dass einige Kommunen in Anbetracht ihrer schwierigen finanziellen Lage und der unbekanntenen Kompensationsregelung darüber nachdenken, den Geltungsrahmen der Geschwisterregelungen als freiwillige Leistung deutlich einzuschränken. Dies kann zur Konsequenz haben, dass Eltern mit mehreren Kindern nach der Beitragsbefreiung im Ergebnis sogar mehr zahlen müssen als vorher. Viele, auch SPD-geführte Städte sind diesen Schritt sogar schon gegangen.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Landesregierung die Kommunen und die Vorgängerregierung für die beschriebenen Umsetzungsschwierigkeiten verantwortlich macht, statt selbst Vorsorge zu treffen. Die rot-grüne Landesregierung blendet völlig aus, wer Urheber der Ausgestaltung der Regelungen zur Einführung der Elternbeitragsfreiheit ist. Wer regiert, ist auch für die Konsequenzen seiner Gesetze verantwortlich. Die Probleme bei der Umsetzung waren von vornherein absehbar. Dies hat beispielsweise auch der Bielefelder Sozialdezernent Tim Kähler in der Neuen Westfälischen am 14. September 2011 bestätigt. Er erinnerte daran, dass der Städtetag im Gesetzgebungsverfahren auf diese Problematik ausdrücklich hingewiesen habe. Statt die Kommunen als Hauptverantwortliche hinzustellen, hätte die Landesregierung ihren eigenen Aufgaben sorgfältiger nachkommen und entsprechende, aus ihrer Sicht erforderliche Maßnahmen ergreifen müssen. So trägt sie jetzt trotz aller vorgetragenen Ausreden die Hauptverantwortung für das Umsetzungschaos. Einmal mehr wird deutlich, wie unbedacht und konzeptlos die Landesregierung bei der Einführung der Beitragsfreiheit gehandelt hat.

Trotz des Starts des neuen Kindergartenjahres liegt bis heute keine endgültige Regelung zur Kompensation der Elternbeitragsausfälle vor. Die am 24. August 2011 im Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen veröffentlichte – vorläufige – Regelung zur Kompensation der Elternbeitragsausfälle setzt als Faktor für den Belastungsausgleich statt des Kostendeckungsanteils durch Elternbeiträge von 19 Prozent einen pauschalen Zuschuss in Höhe von 5,0 von Hundert der Summe der Kindpauschalen für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung fest. Ob mit dieser Regelung tatsächlich die Elternbeitragsausfälle auf der Basis von 19 Prozent kompensiert werden können, wie es die Landesregierung angekündigt hat, erscheint zweifelhaft. Vielmehr ist anzunehmen, dass sich die derzeitige Kompensationsregelung eher an dem bisherigen Ist-Aufkommen der Elternbeiträge für das letzte Kindergartenjahr orientiert, welches in den meisten Kommunen deutlich unter 19 Prozent liegt. Eine endgültige und eindeutige Regelung steht in jedem Fall noch aus.

II. Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. endlich offenzulegen, wann die endgültige gesetzliche Kompensationsregelung kommt und wie die Kompensation dort geregelt werden soll, um allen Beteiligten Rechts- und Planungssicherheit zu verschaffen,
2. im Laufe des weiteren Evaluierungsverfahren transparent darzulegen, welche weiteren Änderungen am Kinderbildungsgesetz geplant sind, die Öffentlichkeit und das Parlament frühzeitig in das Verfahren mit einzubinden und von überhasteten Initiativen Abstand zu nehmen,

3. darzulegen, inwieweit in dieser Legislaturperiode die Beitragsfreistellung weiterer Kindergartenjahre geplant ist.

Dr. Gerhard Papke
Ralf Witzel
Marcel Hafke

und Fraktion